

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Bonn, den 20. September 2006

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

im kommenden Jahr wird Deutschland Gastgeber des G8-Gipfels sein und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft innehaben. Dies ist eine einmalige historische Chance und Verpflichtung, entwicklungspolitische Belange auf höchster politischer Ebene voranzutreiben. Wir begrüßen es daher sehr, dass Sie bereits in Sankt Petersburg angekündigt haben, weltweite Armutsbekämpfung auf die Agenda des G8-Gipfeltreffens in Heiligendamm zu setzen.

Das ist notwendig, denn die bisherigen Zusagen und deren bisherige Umsetzung – wie zum Beispiel der EU-Stufenplan vom Mai 2005 und der von den G8 angestoßene Schuldenerlass – reichen bei weitem nicht aus, die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) fristgerecht zu verwirklichen. Die Konsequenzen sind fatal: Bei gleich bleibender Entwicklung werden im Jahr 2015 aller Voraussicht nach über 820 Millionen Menschen weiterhin in absoluter Armut leben. Das allein sind 380 Millionen mehr als bei fristgerechter Verwirklichung zu erwarten wären. Gerade in Subsahara-Afrika ist die Situation besonders alarmierend.

Die bevorstehende Kabinettsentscheidung zu den Themen der doppelten Präsidentschaft Deutschlands ist daher von höchster politischer Bedeutung. Angesichts dieser außerordentlichen Bedeutung ist die Kabinettsentscheidung aktueller Anlass, Ihnen unsere Sorgen, Wünsche und Argumente als deutsche entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen vorzutragen und Sie zu bitten, diese in Ihre Entscheidungen einfließen zu lassen.

## **1. Mehr Mittel für Armutsbekämpfung**

Wir fürchten, dass die Umsetzung des EU-Stufenplans zur Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 gerade in Deutschland gefährdet ist. Schnellstmöglich müssen konkrete Pläne zur Umsetzung der Zusagen von Gleneagles in 2005 vorgelegt werden. Das betrifft insbesondere die Art und Weise, wie das von den G8 versprochene Steigerungsziel von 50 Milliarden US-Dollar der Entwicklungshilfe bis 2010 erreicht werden soll. Dies wird gerade hierzulande aus Haushaltsmitteln allein nicht zu leisten sein.

Für umso wichtiger halten wir es, innovative Quellen und Instrumente der Entwicklungsfinanzierung einzuführen. Die Bundesregierung sollte in einem ersten Schritt die Gelegenheit der EU-Ratspräsidentschaft nutzen und sich der von Frankreich, England und einer Reihe weiterer Staaten

eingeführten verpflichtenden Abgabe auf Flugtickets baldmöglichst anschließen und europaweit dafür werben.

## **2. Umfangreicher Schuldenerlass**

Ohne weitere und tiefere Maßnahmen der Entschuldung werden die Fortschritte bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele bescheiden bleiben. Das vergangene Jahr hat mit der multilateralen Schuldeninitiative (MDRI) deutlich vor Augen geführt, dass viele Geberländer einem entsprechenden Anstoß der G8 folgen. Befürworten Sie Initiativen, die darauf abzielen, armen, stark verschuldeten Ländern einen völligen Erlass ihrer multilateralen Schulden zu gewähren. Gerade diesen Ländern müssen mehr Mittel für die Armutsbekämpfung belassen werden. Zur langfristigen Lösung der Schuldenkrise muss die Einrichtung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens (Internationales Insolvenzverfahren) für alle überschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer angestrebt werden.

## **3. Höhere Effizienz bei der Armutsbekämpfung**

Wesentliche Voraussetzungen für eine effektivere Armutsbekämpfung sind die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit auf die nationalen Armutsminderungsstrategien (PRSP) im Süden, eine stärkere Harmonisierung der Geberaktivitäten sowie die Umsetzung des entwicklungspolitischen Kohärenzgebotes. Mit der Verabschiedung der zwölf Kohärenzverpflichtungen durch den Rat der EU im Mai 2005 und eines entsprechenden Arbeitsprogramms der EU-Kommission, kann die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr auf dieser rechtlichen Basis für mehr entwicklungspolitische Kohärenz eintreten.

Seit geraumer Zeit beobachten wir, dass die EU unter der Verwendung des Begriffs der „menschlichen Sicherheit“ zunehmend Strategien formuliert, die darauf hinauslaufen, Entwicklungspolitik für ein defensives Sicherheitskonzept zur Abwehr von Risiken in Anspruch zu nehmen. Die Entwicklungspolitik droht von außen- und sicherheitspolitischen Interessen vereinnahmt zu werden. Wir möchten Sie bitten, dem entgegenzuwirken.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, am 18. Oktober entscheidet Ihr Kabinett die Themen der doppelten Präsidentschaft. Erheben Sie Ihre Stimme gegen Armut!

Damit die deutschen Präsidentschaften des Jahres 2007 möglichst viele der angesprochenen Probleme lösen und Deutschland damit historische Akzente für die weltweite Armutsbekämpfung auf der internationalen Bühne setzt, möchten die entwicklungspolitischen NROs ihren Erfahrungs- und Sachverstand in die Gestaltung der beiden politischen Großereignisse einbringen. Dafür möchten wir gerne mit Ihnen auch direkt ins Gespräch kommen und würden uns über eine Möglichkeit dazu freuen. Gerne überreichen wir Ihnen dabei dann auch unser Manifest zur EU-Ratspräsidentschaft, das wir mit Partnern aus dem Süden in Kürze erstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Claudia Warning  
Vorsitzende des Vorstands